

Antrag 50/I/2021**AG Migration und Vielfalt Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Erhalt und Verstetigung des Integrationsbudgets**

1 In den vergangenen zwei Monaten ist die Progno-
2 se des Innenministeriums (MIK) für die Zuwan-
3 derung nach Brandenburg von 2.000 auf 5.000+
4 im Jahr 2021 gestiegen (ohne Aussicht auf Abfla-
5 chung für 2022). Diese Einschätzung bezieht sich
6 auf die Sekundärmigration aus Griechenland über
7 den BER seit April 2021, die gezielten Schleusun-
8 gen des belarussischen Regimes von Lukaschen-
9 ko über Weißrussland und Polen seit August 2021
10 sowie die Aufnahme von afghanischen Ortskräf-
11 ten, Menschenrechtsaktivist*innen und Familienan-
12 gehörigen. Gleichzeitig sieht der Haushaltsentwurf
13 des von der grünen Ministerin Frau Dr. Nonnema-
14 cher geführten Gesundheitsministeriums (MSGIV)
15 eine Kürzung der Migrationssozialarbeit II auf 66 %
16 und eine Total-Streichung des Integrationsbudgets
17 für die Landkreise auf null vor. Bei der Debatte über
18 die genannte Thematik wurde deutlich, dass sich
19 das SPD-geführte Finanzministerium (MdFE) und
20 das Grün-geführte MSGIV gegenseitig für die anste-
21 henden Streichungen und Kürzungen verantwort-
22 lich machen. Angesichts der steigenden Migrations-
23 zahlen nach Brandenburg wird ein Hin- und Her-
24 schieben der politischen Verantwortlichkeiten dem
25 Ernst der Lage allerdings nicht gerecht. Um zu ver-
26 hindern, dass die Menschen, die dieses Jahr nach
27 Brandenburg gekommen sind oder noch kommen,
28 zurückgelassen werden, fordern wir die Landesre-
29 gierung auf, sich gemeinsam für den Erhalt sowie
30 eine Verstetigung des Integrationsbudgets einzu-
31 setzen. Integrationsarbeit zahlt sich aus durch ein
32 besseres und friedlicheres gesellschaftliches Mitein-
33 ander. Sie ist aber eine langfristige Aufgabe, die
34 nur gelingen kann, wenn dauerhaft die nötigen Res-
35 sourcen gesichert sind. Deshalb fordern wir die SPD
36 geführte Landesregierung auf, auch im nächsten
37 Haushalt ausreichende Mittel für das Integrations-
38 budget bereitzustellen.

39

Begründung

40 Obwohl ein Großteil der auf das Land zukommen-
41 den Personengruppen nicht asylberechtigt sind, ist
42 davon auszugehen, dass nicht anerkannte Flüchtlin-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

44 ge (von Ausnahmefällen abgesehen) auf lange Sicht
45 weder in den Irak noch nach Afghanistan rückführ-
46 bar sind. Eine Überstellung von Sekundärmigran-
47 ten nach Griechenland erscheint derzeit als kaum
48 durchführbar, da das BAMF in Absprache mit dem
49 BMI die Entscheidung über die Asylanträge der in
50 Griechenland anerkannten Schutzberechtigten zu-
51 rückstellt. Zudem haben das OVG Münster und das
52 OVG Lüneburg die Rücküberstellungen der genann-
53 ten Personengruppe nach Griechenland aufgrund
54 der mangelnden Versorgungslage vor Ort für unzu-
55 lässig erklärt.

56 Da die MSA II lediglich für anerkannte Geflüchte-
57 te verwendet werden kann, ist das Integrationsbud-
58 get der einzige, freier gestaltbare Topf (neben der
59 Migrationssozialarbeit im Heim), der für die Finan-
60 zierung von Leistungen für die genannten Perso-
61 nengruppen verwendet werden kann. Es wird ab-
62 hängig von der Zahl der Geflüchteten den Landkrei-
63 sen und kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt
64 und ist somit das alleinige Budget, das in der Flä-
65 che des Landes Brandenburg bedarfsgenau verwen-
66 det werden kann. In den vergangenen Jahren sind
67 hochsinnhafte und hocheffektive Projekte ins Leben
68 gerufen worden (z.B. an sog. „Brennpunktschulen“,
69 Azubi-Unterstützung...). Wir verweisen hierbei auf
70 den Brief der Landesarbeitsgemeinschaft der kom-
71 munalen Integrations-, Migrations- und Ausländer-
72 beauftragten des Landes Brandenburg im Anhang.
73 Die Integration von zugewanderten Menschen ist
74 durch das hohe Engagement der Sozial- und Wohl-
75 fahrtverbände sowie kluger institutioneller Unter-
76 stützung in den letzten fünf Jahren respektabel ge-
77 lungen. Brandenburg ist kein Schauplatz von größe-
78 ren negativen Ereignissen gewesen. Auch deshalb
79 konnte die AfD mit diesem Thema in Brandenburg
80 keinen weiteren Boden gewinnen. Die geräuschlo-
81 se Integration der vergangenen Jahre verdanken wir
82 somit auch dem passgenauen Einsatz des Integrati-
83 onsbudgets, das nun abgeschafft werden soll.

84 Den meisten PolitikerInnen und „Laien“ ist nicht be-
85 wusst, dass die überwiegende Mehrheit der neu
86 ankommenden Geflüchteten keine Deutsch-Kurse
87 mehr erhält. (Durch die BAMF-Verordnung von
88 August 2019 haben mehrere tausend geflüchtete
89 Menschen in Brandenburg keinen Anspruch mehr
90 auf einen Deutsch-Kurs). Wir als AG befürchten,
91 dass Menschen, die dauerhaft keine Chance haben,
92 Deutsch zu lernen und dadurch auch keine Chance

93 auf Arbeit und Teilhabe bekommen, für uns in der
94 Fläche zum Problem werden. Es ist besser, gleich in
95 eine gute Integration zu investieren, als später die
96 Folgen von Gewalt und Extremismus teuer bezah-
97 len zu müssen. Dass die Staatskanzlei beim Bündnis
98 für Brandenburg weitere 360.000 Euro kürzen will,
99 zeigt, dass die Prioritäten bei der Integrationspolitik
100 falsch gesetzt wurden.